

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.
紙之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Donnerstag, den 1. Dezember 1932.

Nummer 665

Ungeklärte Lage dauert an.

Schleicher bemüht sich um die Unterstützung der Nationalsozialisten. Zusammenkunft Schleichers mit Hitler? — Schleicher und v. Papen beim Reichspräsidenten. — Keine Auflösung des Reichstags. — Ein neues Kabinett?

Berlin, 29. November (T.O.A.). Die politische Lage ist weiter undurchsichtig. Wenn man aber die Vielheit der Berichte, der Gerüchte und der Folgerungen in Betracht zieht, scheinen sich die Verhandlungen jetzt doch in einem entscheidenden Stadium zu befinden und die Bemühungen, die jetzt 12 Tage zur Lösung der Ministerkrise dauern, dürften sehr bald beendet sein. Aus dem Wirrsal von einander widersprechenden Gerüchten kann zumindestens mit einiger Wahrscheinlichkeit entnommen werden, dass General von Schleicher immer noch versucht, einen Burgfrieden mit dem Reichstage zu schließen, und dass die Hoffnung, das Einverständnis der Nationalsozialisten dafür zu erhalten, bisher noch nicht fallen gelassen ist. Die beabsichtigte Zusammenkunft zwischen dem General und zwei Beauftragten von Hitler, Gregor Strasser und Dr. Frick, kam am Dienstag nicht zustande. Es heisst, dass die beiden nationalsozialistischen Führer nach ihrer Ankunft in der Hauptstadt am Morgen des Dienstag dem Minister mitteilen liessen, dass sie keinen Auftrag zu Verhandlungen von Hitler haben. Politische Kreise sind jedoch zuversichtlich, dass es gelingen wird, den nationalsozialistischen Führer selbst nach Berlin zu holen, und dass er den Absichten Schleichers zur Beendigung der endlosen politischen Ungewissheit, welche schwer auf dem ganzen Volke lastet, ein williges Ohr leihen wird. Die Presseberichte, dass für Mittwoch eine Zusammenkunft zwischen Hitler und Schleicher verabredet sei, werden in unterrichteten Kreisen bestritten. Aus anderen Kreisen kommen jedoch Nachrichten, dass die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft bisher noch nicht ausgeschlossen ist.

Inzwischen empfing der Reichspräsident am Donnerstag von Papen und von Schleicher. Beide erstatteten ihm einen Bericht über die Lage.

Entgegen Pressemeldungen heisst es in amtlichen Kreisen, dass der Gedanke den Reichstag durch eine Notverordnung zu vertagen, wenn er sich den Bedingungen eines zeitweiligen Burgfriedens widersetzen sollte, niemals ernstlich in Erwägung gezogen ist. Man ist der Meinung, es sei notwendig, Verfassungsexperimente zu vermeiden, welche nur dazu beitragen würden, den Unfrieden noch zu verschärfen.

Der vorherrschende Gedanke ist immer noch der eines politischen Burgfriedens für die Wintermonate, auf Grund dessen die Reichstagsmehrheit zustimmen würde, den Reichstag auf bestimmte Zeit in die Ferien zu schicken, allerdings unter der Bedingung, dass die Regierung nur die nötigsten Geschäfte weiterführt, nicht aber versucht, die sehr stark bestrittenen Absichten des früheren Kabinetts betreffs einer Aenderung der Verfassung durchzuführen.

Die „Vossische Zeitung“ meldet von einer interessanten Anregung, die in Kraft treten sollte, wenn von Schleichers Bemühungen sich als fruchtlos erweisen. Danach soll der Reichspräsident überhaupt keinen neuen Kanzler ernennen. Somit würde das Papenkabinett als Geschäftministerium weiterbestehen das als solches dann nicht unter die Kontrolle des Reichstags fällt. Sollte der Reichstag die Notverordnungen aufheben, so würden die Verordnungen in leicht geänderter Form von Neuem ausgegeben werden. Sollte dann aber der Reichstag wiederum die neuen Notverordnungen verwerfen, so könnte er verfassungsmässig aufgelöst werden. In politischen Kreisen jedoch glaubt man, dass dieser witzige Plan sich nicht als praktisch erweisen wird.

Wie die Dinge liegen, hängt das Kommen des Schleicher-Kabinetts anscheinend völlig davon ab, ob Hitler sich mit dem vorgeschlagenen Burgfrieden einverstanden erklärt. Die einzige andere Möglichkeit wäre ein Papen-Kabinett und die Gewissheit neuer Wahlen.

Gegenwärtig scheint es unwahrscheinlich, dass Entscheidungen vor frühestens Mittwoch Nachmittag nicht getroffen werden.

Tientsin, 30. November . . . Eine weitere Transocean Meldung liegt vor, die sehr verstümmelt ist. Man könnte aus ihr herauslesen, dass Hindenburg schon ein neues Kabinett berufen hat. Das Telegramm ist nur in einigen Teilen lesbar: „Das Kabinett wird wahrscheinlich den Reichskommissar für Preussen, Dr. Bracht, als Innenminister einschliessen. Es ist jedoch eine ausgeachtete Sache, dass das neue Kabinett im Reichstag keine Unterstützung finden wird; der Reichs-

tag wird deswegen wahrscheinlich durch Notverordnung auf unbestimmte Zeit nach seinem Zusammentritt am 6. Dezember vertagt werden. Die amtlichen Kreise sind, wie in dem Erlass betont wird, eifrig bemüht, eine Auflösung des Reichstags und die auf ihn folgende Verschärfung der politischen Gegensätze zu vermeiden in einem Augenblick, wo Deutschland . . . Die Lage ist, wie zugegeben wird, weit davon entfernt, ausgeglichen zu sein, und es heisst, dass der Reichspräsident von Hindenburg in einer Rundfunkansprache an das Volk einen Aufruf erlassen wird, dass es die Pläne der neuen Regierung unterstützen möge, die darauf abzielen, das Schiff durch den Sturm zu steuern

In Anhalt sind alle sozialdemokratischen Zeitungen geschlossen.

Berlin, 29. November (T. O. A.). Alle sozialdemokratischen Zeitungen im Freistaat Anhalt sind vom nationalsozialistischen Minister Freyberg für eine Zeit von acht bis zehn Tagen verboten worden. Als Grund wird angegeben, dass die Zeitungen versucht haben, dem Minister die Ehre abzuschneiden.

Schwache Börse.

Berlin, den 29. November (T. O. A.). Die Börse eröffnete zögernd. Die Verschärfung der britischen Lage wie auch die Tatsache, dass die gewerbmässigen Händler ihren Besitz abstossen, wirkten als Bremse. Es waren aber im Uebrigen viele Leute da, die auf Angebote kauften, und infolgedessen gingen die Preise im Durchschnitt nur 1 bis 2 Punkte zurück. Die elektrischen Werte zeigten sich widerstandsfähig und Bamberg buchte sogar einen gewissen Gewinn dank den Meldungen über eine verstärkte Produktion. Schlusspreise waren fest.

Infolge des nahenden Ultimo versteifte sich der Geldmarkt. Tägliches Geld war 4½ zu 5½.

Die Ursache des Erdbebens in Belgien und Holland.

Besorgniserregende Meldung.

Nach einer Meldung von Transocean bringt der Nieuwe Rotterdamse Courier eine eigenartige Erklärung für das letzte Erdbeben in Holland, Belgien und Westdeutschland. Er sieht die Ursache in der Störung des Kräftegleichgewichtes an der holländischen Küste durch die Trockenlegung der Zuyder-See. Daher bestreitet er, dass es sich um ein vulkanisches Erdbeben handelt.

(Die Meldung muss man zusammenhalten mit der jüngsten Meldung, dass sich auf der ganzen Länge des die Zuydersee von der See absperrenden Damms Risse gezeigt haben. Es scheint wahrscheinlich, dass durch das Zurücktreten des spezifisch schwereren Wassers auf der riesigen Fläche Spannungsunterschiede auftreten, welche sich ausgleichen müssen und hoffentlich nun schon ausgeglichen haben. Sonst muss man mit Besorgnis auf das faustische Land schauen. W. K.)

Hindenburg hat nur von Papen.

Berlin, den 30. November (Havas). Die allgemeine Meinung in politischen Kreisen ist, dass der einzige Ausweg aus der politischen Verfahrenheit in Deutschland auf ein neues von Papen-Kabinett zufführt, in dem der Reichspräsident noch immer volles Vertrauen setzt. Man glaubt daher, dass der alte Reichspräsident heute den früheren Reichskanzler bitten wird, sein Kabinett wieder zu bilden.

Beschluss der Zentrums-Partei.

Berlin, den 30. November (Havas). Gestern fasste die deutsche Zentrums-Partei einen Beschluss, der auf die Notwendigkeit hinauskommt, einig zu sein und in einer Regierung mit zu arbeiten, welche der Verfassung treu ist und sich des Vertrauens des Volkes erfreut.

Ein Sängerstreit.

München, 29. November (T. O. A.). Ein neuer Minnesängerstreit, ähnlich dem in der unsterblichen Wagneroper Tannhäuser, wird in dem früheren königlichen Schloss Neu-Schwanstein, das romantisch in den bayerischen Alpen gelegen ist, abgehalten werden. Viele bekannte Wagnersänger werden sich im nächsten Sommer zu dieser Feierlichkeit einfinden, auf deren Programm auch ein Sängerwettstreit steht.

Mandschurische Frage im Oberhause.

Mächte sollen Regierung in China schaffen.
Lösung muss den Mächten genehm sein.

London, den 29. November (Reuter). Im Oberhause kamen Fragen der Abrüstung und des chinesisch-japanischen Streites zur Sprache. Viscount Cecil bat die Regierung um eine Erklärung zu diesen Fragen und führte mit Genugtuung die Erklärung der japanischen Regierung über die Unterstützung des Völkerbundes an. Er sagte, wenn Japan beabsichtige, den Völkerbund zu stützen, würde das den Ernst der Krise in grossem Masse ändern (vermindern?) Die Frage, welche die Parteien zu beantworten haben, sei, ob sie die Empfehlungen des Lytton-Berichtes als eine Grundlage für die Regelung annehmen wollten. Er erinnerte daran, dass sich Japan mit der Ernennung der Lytton-Kommission und ihrem Aufgabenbereich zufrieden gegeben habe, und forderte die Regierung auf die Kommission zu stützen. Lord Ponsonby (Führer der Opposition) sagte, er erwarte nicht, dass die Regierung jetzt etwas über den chinesisch-japanischen Streit sagen werde.

Der Marquis von Lothian brachte in Vorschlag, dass die Mächte gemeinsam dabei helfen, eine moderne und lebensfähige Regierung in China zu schaffen.

In seiner Antwort sagte Lord Hailsham, dass alle Bemühungen der englischen Regierung darauf gerichtet seien, eine Lösung des chinesisch-japanischen Streites zu finden, welche dem Völkerbunde und den Mächten, die an dem Problem des Fernen Ostens besonders interessiert sind, genehm ist.

Lord Ponsonby fordert wie Lord Cecil öffentliche Sitzungen in Genf. Der Marquis of Reading unterstrich die Bedeutung des Lytton-Berichtes, seine Unparteilichkeit und die Art, wie er sich der gestellten Aufgabe entledigt habe. Er sagte, dass die Schlussfolgerungen des Berichtes allgemein gebilligt werden. Das bedeute aber nicht, dass sie alle angenommen werden müssten, aber es sei keine einzige darunter, von der man nicht nur unter dem Einflusse sehr zwingender Gründe und Tatsachen absehen könne.

Das Arbeitsamt des Völkerbunds lädt ein.

Genf, 29. November (T. O. A.). Das Internationale Arbeitsamt erliess Einladungen an alle Mitgliederstaaten zur Teilnahme an der Konferenz für die Regelung der Arbeitsstunden, welche am 10. Januar in Genf zusammentreten soll. Die Konferenz wird versuchen ein internationales Uebereinkommen betreffs einer allgemeinen Einschränkung des 8-Stundentages zu erzielen, um damit Freistellen für Arbeitslose zu schaffen. Man hat vor, die Besprechungen auf die Einschränkung der Arbeitsstunden in industriellen Unternehmungen zu beschränken. Die Frage einer weiteren Beschränkung der Arbeitsstunden für Seelute und landwirtschaftliche Arbeiter, soll erst zu einem späteren Zeitpunkte aufgenommen werden.

Vom russisch-polnischen Nichtangriffspakt.

Keine Aenderung der russischen Politik.

Moskau, 30. November (T. O. A.) (stark verstümmelt). Die Ratifizierung des russisch-polnischen Nicht-Angriffspaktes wird in Paris als ein Triumph begrüsst. . . . Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die „Prawda“ zeigt mehr Skepsis in ihrer Auffassung. Die Zeitung behauptet, dass ähnliche Verträge Japan nicht daran gehindert haben, die Mandschurei zu besetzen. Die Zeitung sagt, dass die Garantie des Friedens immer nur in der Wachsamkeit der russischen Arbeiter, gepaart mit starker Durchbildung der Kriegsmaschine zu sehen ist. Der Artikel bringt zum Ausdruck, dass der Abschluss der neuen Verträge keine Aenderung in der russischen Innen- und Aussen-Politik bedeutet, und dass insbesondere Russland immer noch gegen den Versailler Vertrag steht

Russisch-französischer Nicht-Angriffspakt am Dienstag unterzeichnet.

Paris, 29. November (T. O. A.). Der russisch-französische Nichtangriffspakt wurde am Dienstag Nachmittag im Quai D'Orsay von Erminister Herriot und dem Botschafter Dowgalewski unterzeichnet.

Ist Sinowieff tot?

Moskau, 29. November (T. O. A.). Die Berichte der ausländischen Presse, dass der frühere Präsident des Vollzugsausschusses der 3. Internationale, Sinowieff, an einem Herzschlage gestorben sei, werden amtlich als vollkommen unbegründet bestritten.